



Mario Kunasek (FP)

Foto: APA

Kunasek fordert Soldaten für die EU-Außengrenze

WIEN. Österreich fordert zum Schutz der europäischen Außengrenzen, künftig auch EU-Soldaten einzusetzen. Das sagte Verteidigungsminister Mario Kunasek (FP) in der deutschen Zeitung „Welt am Sonntag“. „Aus meiner Sicht muss das Mandat von Frontex (der EU-Grenzschutzbehörde, Anm. d. Red.) so geändert werden, dass ein Grenzschutz-Einsatz von Polizisten und Soldaten künftig möglich ist. Österreich wird sich jedenfalls während des EU-Vorsitzes dafür starkmachen und einen entsprechenden Vorschlag beim Treffen der Verteidigungsminister Ende August in Wien einbringen“, sagte Kunasek.

Die Soldaten würden unter einem zivilen Kommando stehen und die Grenzschutz-Polizisten mit Logistik, Aufklärung und Waffen unterstützen. Laut Kunasek sollen Polizisten und Soldaten gemeinsam auf dem Balkan, in Italien und Griechenland beim Außengrenzschutz tätig sein.

Überblick

Schönborn kritisiert „Angstmache“



Foto: APA

WIEN. Kardinal Christoph Schönborn kritisiert „Populismus und Angstmache“ in der Debatte um Flüchtlinge. Dies würde eine größere Rolle spielen „als nüchterne Zahlen und einfache Menschlichkeit“, so Schönborn. Nur ein kleiner Teil der weltweit 68 Millionen Flüchtlinge komme nach Europa. Die meisten – 85 Prozent – würden von Entwicklungsländern aufgenommen oder seien Flüchtlinge im eigenen Land. „Europa mit mehr als 500 Millionen Menschen macht so einen Wirbel wegen zwei Millionen Flüchtlingen.“

Nach AfD-Rede: Weitere Rücktrittsforderung

LINZ. Die Geschäftsführerin der SP Oberösterreich, Bettina Stadlbauer, fordert den Rücktritt von FP-Landesrat Elmar Podgorschek wegen dessen Rede bei einer AfD-Veranstaltung. Diese hatte, wie berichtet, zu heftiger Kritik geführt. FP-Chef Manfred Haimbuchner müsse sich, so Stadlbauer, „endlich von rechtsextremen Positionen“ distanzieren und Landeshauptmann Thomas Stelzer (VP) „dafür sorgen, dass Podgorschek sofort aus der Landesregierung entfernt wird“. FPÖ-Landespartei-sekretär Erwin Schreiner bezeichnete Stadlbauers Kritik als „künstlichen Sturm im Wasserglas“. Zuvor hatten bereits die Grünen in einer Online-Petition zu Podgorscheks Rücktritt aufgerufen. Bis Sonntag haben rund 1700 Personen unterzeichnet.

Frauenanteil in der Politik: Österreich über EU-Schnitt

Studie des Instituts für Parlamentarismus: Rund 36 Prozent der Mandatare im Nationalrat sind Frauen – EU-Schnitt: 29 Prozent

WIEN. Die vier Landtagswahlen in diesem Jahr in Niederösterreich, Tirol, Kärnten und Salzburg haben den Frauenanteil in Österreichs Politik nicht wesentlich erhöht – so das Ergebnis einer Studie von Werner Zögernitz, Leiter des Instituts für Parlamentarismus und Demokratiefragen.

Gestiegen ist die Zahl der Landtagspräsidentinnen von eins auf drei, die Zahl der weiblichen Landtagsabgeordneten hat sich geringfügig erhöht, von 140 auf 142 (das sind rund 32 Prozent aller Landtagsabgeordneten). Die meisten Frauen sind in Salzburg (38,9 Prozent) vertreten, gefolgt von Oberösterreich (37,5 Prozent), die wenigsten im Burgenland (19,4 Prozent).

Insgesamt liegt der Frauenanteil in der österreichischen Spitzenpolitik über dem EU-Durchschnitt. Im Nationalrat beträgt die Zahl der weiblichen Abgeordneten weiterhin 65, das ist ein Anteil von gerundet 36 Prozent. EU-weit liegt der Schnitt bei rund 29 Prozent. An der Spitze liegt Schweden (46,1 Prozent) vor Finnland (42 Prozent) und Spanien (40,6 Prozent). Die Schlusslichter bilden Ungarn (10,1 Prozent), Malta (14,5 Prozent) und Lettland (17 Prozent).

Frauen in der Regierung

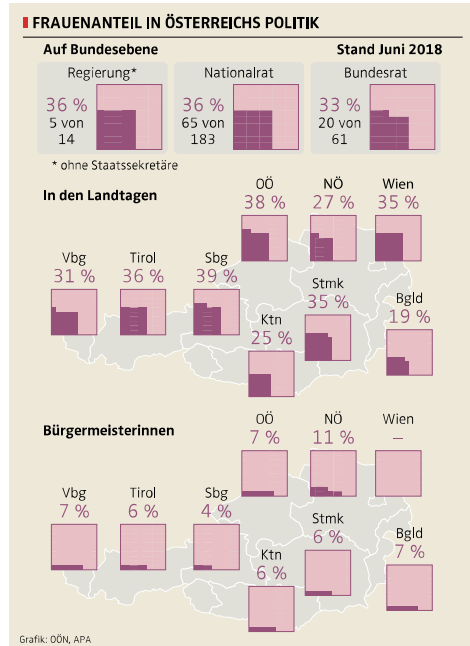
Auch beim Frauenanteil in der Bundesregierung ist Österreich mit 35,7 Prozent im EU-Vergleich überdurchschnittlich gut: EU-weit sind es 28 Prozent. Den größten Frauenanteil hat seit kurzem die neue spanische Regierung mit rund 65 Prozent, dahinter folgen Schweden mit 52,2 Prozent vor Frankreich (50 Prozent), Slowenien (47,1 Prozent) und Deutschland (46,2 Prozent). Die ungarische Regierung kommt ganz ohne Frau aus. Unter 20 Prozent liegt der Frauenanteil beispielsweise in Zypern mit 8,3 Prozent und Tschechien mit 11,8 Prozent.

Was Landesregierungen bzw. regionale Regierungen betrifft, ist Österreich mit 36 Prozent im EU-Schnitt. Ähnlich verhält es sich bei den Landtagen, hier weist Österreich einen Frauenanteil von 32,3 Prozent auf, der EU-Schnitt beträgt 33,3 Prozent.



Frauenanteil in unserer Bundesregierung: 35,7 Prozent

Foto: APA



„Aufräumaktion“ im Ministerium im Auftrag Kicks?

WIEN. Die umstrittene Hausdurchsuchung im Bundesamt für Verfassungsschutz (BVT) soll laut einem Bericht des Nachrichtenmagazins „profil“ Teil einer „Aufräumaktion“ im Innenministerium (BMI) gewesen sein. Der Generalsekretär des Ministeriums, Peter Goldgruber, soll gegenüber der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) erklärt haben, er habe diesen Auftrag von Innenminister Herbert Kickl (FP). Das geht aus einem Aktenvermerk von Staatsanwältin Ursula Schmudermayer hervor, den „profil“ zitiert. Darin heißt es: „Goldgruber: Er habe vom Minister den Auftrag, das BMI aufzuräumen. Er ist der Meinung, das BMI sei derzeit korrupt wie noch nie.“

Kickl bestreitet aktive Rolle

Der Aktenvermerk wurde am 19. Jänner angelegt, als Goldgruber der WKStA ein Konvolut voller Anschuldigungen gegen Beamte im BVT übergeben hatte. Danach ließ Schmudermayer am 28. Februar eine Hausdurchsuchung durchführen. Innenminister Kickl hatte bisher betont, keine aktive Rolle in der BVT-Affäre gespielt zu haben. In einer Sondersitzung des Parlaments am 11. Juni sagte Kickl, Goldgruber habe sich ohne sein Wissen an die WKStA gewandt.

Für die SPÖ ist der Innenminister rücktrittsreif. „Er hat die Öffentlichkeit von Beginn an vorsätzlich falsch informiert und die Unwahrheit gesagt“, sagt SP-Abgeordneter Jan Krainer. Aus dem Innenministerium gab es zu dem „profil“-Bericht bisher keine Stellungnahme. FP-Fraktionsführer Hans-Jörg Jenewein bezeichnete die Rücktrittsforderung als „krampfhaftes Skandalisierungsversuche“ der SPÖ.

Das Innenministerium hat mittlerweile „sämtliche zu den Beweis-themen des BVT-Untersuchungsausschusses verfügbare Unterlagen“ an das Parlament übermittelt. Nur ein Name wurde unkenntlich gemacht, ansonsten gab es keine Schwärzungen der Akten.



Generalsekretär Goldgruber

(APA)

Pinker Führungswechsel: Neuer Vorsitz, gleicher Weg

Beate Meinl-Reisinger erhielt 94,7 Prozent und betonte, den Kurs der Neos halten zu wollen

WIEN. Ein Obstbaum, Wollsocken und ein Abschiedsvideo für das „große Kind, leicht crazy und nicht trinkfest“ – so nahmen die Neos am Samstag von ihrem scheidenden Parteichef Matthias Strolz Abschied. Er selbst betonte einmal mehr, dass der Schritt, nun zu gehen, „sehr stimmig“ sei: „Ich bin der tiefen Überzeugung, dass wir alles haben, dass es gut weitergeht. Wir sind komplett.“ Sein Amt übernimmt Beate Meinl-Reisinger, sie wurde mit 94,7 Prozent zur neuen Vorsitzenden gewählt. Ihre Stellvertreter, die Nationalratsabgeord-

neten Nikolaus Scherak und Sepp Schellhorn, erhielten 88,13 bzw. 93,3 Prozent.

Meinl-Reisinger betonte, den bisherigen Kurs halten zu wollen. „Die Menschen in der Mitte ertragen diese permanente Polarisierung nicht mehr. Sie wollen Lösungen. Dieser Mitte will ich eine laute Stimme geben“, sagte Meinl-Reisinger bei der Mitgliederversammlung in der Wiener Stadthalle. Sie wolle nicht nach links oder rechts, „sondern nach vorne gehen“. Wie auch Strolz warnte Meinl-Reisinger davor, dass das gemeinsame Europa nicht nur



Strolz übergab an Meinl-Reisinger (APA)

von Rechten, sondern auch von Konservativen in Frage gestellt werde: „Die Meinungs- und Pressefreiheit wird angegriffen, der Justiz werden die Daumenschrauben angelegt, die Menschenrechte scheinen verhandelbar.“ In diesem Umfeld bilde Kanzler Kurz (ÖVP) „unheilige Achen“ mit Populisten wie Viktor Orban und Matteo Salvini, kritisierte Meinl-Reisinger.

Kurz betätige sich in der Asylpolitik innerhalb der EU als Pyromane. „Er hat viel Öl ins Feuer gegossen und schaut jetzt zu, wie schön es lodert.“